

FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern

Bern, 28. November 2022

AIG_Inländerdiskriminierung / MZ

Nationalrat
Staatspolitische Kommission
3003 Bern

Elektronischer Versand: Roxane.Galli@sem.admin.ch

Umsetzung der Pa. Iv. Barrile. [19.464](#). Beseitigung und Verhinderung der Inländerinnen- und Inländerdiskriminierung beim Familiennachzug. Änderung des Ausländer- und Integrationsgesetz (AIG): Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

Die vorliegende parlamentarische Initiative fordert den Gesetzgeber dazu auf, eine bestehende Ungleichbehandlung beim Nachzug der Familienangehörigen zu beseitigen. Gemäss geltendem Recht ist der Familiennachzug zu EU/EFTA-Staatsangehörigen nach dem Freizügigkeitsabkommen mit der EU (FZA) respektive dem EFTA-Übereinkommen unbegründet grosszügiger geregelt als der Familiennachzug zu Schweizern nach dem geltenden AIG. Diese Inländerdiskriminierung soll aufgehoben werden und das AIG so geändert, dass von ausländischen Familienangehörigen von Schweizern für ihren Nachzug in die Schweiz nicht weiter eine dauerhafte Aufenthaltsbewilligung eines EU oder EFTA-Mitgliedstaates gefordert wird.

FDP.Die Liberalen begrüsst, dass die stossende Ungleichbehandlung behoben wird und den betroffenen Personenkreisen gleichermassen das Recht auf Familienleben zugesprochen wird. Es ist an der Zeit, dass der Gesetzgeber diese langjährige Pendeuz erledigt, die sich aus der Rechtsprechung des EuGH und des Bundesgerichts ergeben hatte. Die FDP erachtet die vorliegende Gesetzesanpassung als zielführende Lösung, fordert jedoch ergänzend weiterhin die Anwendung von strengen Massstäben bezüglich der Zuwanderungspraxis aus Drittstaaten.

Um den Charakter der selbstbestimmten Migrationspolitik beizubehalten, darf die vorliegende Anpassung nicht zu einem Pull-Effekt für die Einwanderung in die Sozialsysteme führen, weswegen es weiterhin die nötige Strenge zu wahren gilt. Hierfür sind insbesondere die Voraussetzungen der wirtschaftlichen Unabhängigkeit und die persönliche Betreuung für die nachziehende Person sicherzustellen. Die zuständigen kantonalen Behörden haben diese

Voraussetzungen mit der nötigen Sorgfalt zu prüfen, damit Missbräuche unterbunden werden. Für die FDP ist die Beseitigung der Inländerdiskriminierung zentral. Des Weiteren bedauert sie, dass dem erläuternden Bericht in Bezug auf die erwartete Zuwanderung keine Schätzung entnommen werden kann.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen

Der Präsident



Thierry Burkart
Ständerat

Der Generalsekretär



Jon Fanzun